

Von der Fremdadvokation zur Selbstermächtigung : politische Aktivierung von Obdachlosen in Kiel (1979er- bis 1990er-Jahre)

Autor(en): **Schenk, Britta-Marie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **28 (2021)**

Heft 3: **Fürsorge und Selbstermächtigung = Assistance et autonomisation de soi**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-958462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von der Fremdadvokation zur Selbstermächtigung

Politische Aktivierung von Obdachlosen in Kiel
(1970er- bis 1990er-Jahre)

Britta-Marie Schenk

1971 besuchte der Schriftsteller Rolf Hochhuth das Kieler Obdachlosenlager Brauner Berg. Danach schrieb er einen offenen Brief an Bundeskanzler Willy Brandt,¹ in dem er die dortigen Zustände anprangerte:

«In Kiel ‹besitzen› 193 Menschen, denen heute noch Eimer-Klos zugemutet werden, eine einzige Wasserzapfstelle. Sechzig Prozent dieser Menschen sind Kinder. [...] Die Kinder der in Gettos Abgeschobenen sind zwar Gott sei Dank noch aggressiv – doch findet ihre Rebellionskraft schon lange keine vernünftigen Ziele mehr: Sie werden [...] zu Schlägern, anstatt Revolutionäre zu werden. Es ist eine Demütigung für das ganze Menschengeschlecht, dass die Kinder [...] nicht wenigstens mehr den Willen aufbringen, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, jene Kommunalpolitiker zu ermorden, die sie einst dorthin verbannt haben.»²

Dieser «Mordaufruf», wie die aufgebrachte Kieler CDU-Ratsherrenfraktion den Text nannte, beinhaltet zeittypische Elemente des in den späten 1960er-Jahren aufkommenden Randgruppendifkurses, der sich am Thema Obdachlosigkeit entzündete: plastische Manifestationen der Armutsverhältnisse, ein Fokus auf Marginalisierte und insbesondere Kinder als Träger einer sozialen Revolution.³ Diese Bausteine verwendeten politisch linksgerichtete Intellektuelle, Sozial- und Erziehungswissenschaftler/-innen und Student/-innen, wenn sie die westdeutsche Obdachlosenpolitik kritisierten.⁴

Als obdachlos galten Familien und Einzelpersonen, die meist aufgrund von Mietschulden ihre Wohnung verloren hatten und daraufhin von Städten oder Gemeinden in kommunale Obdachlosenunterkünfte eingewiesen wurden.⁵ In diesen Behausungen litten sie durchweg unter den mangelhaften baulichen Zuständen wie feuchten Wänden und fehlenden sanitären Anlagen, unter räumlicher Enge sowie schlechter Verkehrsanbindung. Doch nicht nur die mediale Anprangerung dieser Lebensverhältnisse nahm Anfang der 1970er-Jahre Fahrt auf, auch gründeten sich nach dem Vorbild der US-amerikanischen Gemeinwesenarbeit zahlreiche Initiativgruppen, die in Obdachlosenlagern ehrenamtlich Bewohner/-innenversammlungen, Nachhilfekurse und Freizeitangebote auf die Beine stellten.⁶ In Kiel gab Hochhuths Brandtbrief den Startschuss für die Gründung der Initiative Kieler Wohnlager (IKW), die sich aus Juso- und Terre-des-Hommes-Mitglie-

dern sowie Fachhochschulstudent/-innen zusammensetzte.⁷ Die IKW trat für die Schliessung der insgesamt zehn Obdachlosenlager ein, in denen 1971 rund 1750 Personen lebten.⁸ Stattdessen sollten die Bewohner/-innen Sozialwohnungen erhalten und lernen, sich für ihre Belange einzusetzen. Dieser Aufsatz beschäftigt sich damit, wie die IKW diese Aktivierung der Betroffenen gestaltete, an welche Grenzen sie stiess und vor allem, welche Selbstermächtigungsstrategien die Bewohner/-innen entwickelten.

Mit dieser Perspektive auf die Obdachlosen betritt der Beitrag Neuland. Geschichtswissenschaftliche Arbeiten fokussierten bisher auf mediale Diskurse über Obdachlosigkeit oder untersuchten wissenschaftliche Studien in diesem Zeitraum.⁹ Dabei sparten sie die Handlungsmöglichkeiten der Obdachlosen aus, sodass letztere mehr als Opfer sozialer Ungleichheitsverhältnisse erschienen denn als Akteur/-innen mit eigener Positionierung. Tatsächlich ist es in der Zusammenschau der Positionen von Obdachlosen und Aktivist/-innen schwierig herauszufinden, wann die Betroffenen für sich selbst sprachen. Obdachlose kommen in aktivistischen Publikationen zwar zu Wort, es ist allerdings kaum möglich zu entscheiden, was sie selbst forderten, was ihnen die Bewegungsakteur/-innen in den Mund legten oder ob die Aktivist/-innen nur diejenigen Wohnungslosen sprechen liessen, die mit ihren Zielen übereinstimmten. Dieses Hindernis bei der Analyse der Quellen gründet auch auf dem aktivistischen Paradox, einerseits Randgruppen aktivieren zu wollen, selbst für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten, andererseits aber als deren Fürsprecher/-innen aufzutreten. Hier liegt ein Grundproblem zwischen Randgruppen und denjenigen, die für sie eintreten: die oft undeutliche Grenze zwischen Selbst- und Fremdadvokation. Für Historiker/-innen kann ein lokales Fallbeispiel einen Ausweg eröffnen. Da dem Problem der Obdachlosigkeit vor allem kleinräumig begegnet wurde, lassen sich in lokalen Archiven bisweilen Quellen finden, die von den Betroffenen selbst verfasst wurden. Gerade in örtlichen Konflikten zwischen Aktivist/-innen und Obdachlosen sind die Positionen häufig leichter zuzuordnen. Deshalb demonstriert der Beitrag das analytische Potenzial, das ein lokal- und alltagsgeschichtlicher Blick auf Demokratisierungsprozesse in Randgruppenmilieus bereithält. Die Kieler Situation weist zwar lokale Spezifika auf; aufgrund der nationalen Vernetzung der IKW, auf die der Austausch mit anderen Initiativen hinweist, lässt sich aber eine vergleichbare Lage wie in anderen westdeutschen Städten annehmen.

Politische Aktivierung und ihre Grenzen im Alltag der Bewohner/-innen

Steigende Obdachlosigkeit und die damit verbundene Unterbringung der Betroffenen stellten auch im «Wirtschaftswunderland» ein Problem dar. Zwar liegen für die Bundesrepublik insgesamt keine genauen Zahlen vor, aber an der Zunahme der Räumungsurteile, mitverursacht durch die Aufhebung der Mietpreisbremse 1963/64, lässt sich eine gestiegene Anzahl von Obdachlosen in den 1960er-Jahren festmachen.¹⁰ Die zur Unterbringung Obdachloser verpflichteten Städte und Gemeinden standen vor der Schwierigkeit, über zu wenig Notunterkünfte zu verfügen, weshalb sie auf Barackenlager zurückgriffen. Aufgeschreckt durch die Zunahme der Obdachlosen gaben Städte und Gemeinden Studien in Auftrag, die die Ursachen von Obdachlosigkeit erforschen und Lösungsvorschläge erarbeiten sollten.¹¹ Laut den Studienautor/-innen lagen die Ursachen von Obdachlosigkeit weniger im individuellen Fehlverhalten der Betroffenen begründet, wie es die Kommunalverwaltungen bisher angenommen hatten, sondern waren wirtschaftlich und sozial bedingt. Diese Abkehr vom Selbstverschuldungsparadigma trug zu einem grundlegenden Wandel in der Obdachlosenpolitik bei.

Wenngleich sich eine solche Ansicht nicht überall durchsetzte, gewann sie doch in den 1970er-Jahren an Wirkmächtigkeit, insbesondere durch die zunehmende Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Sozialen Arbeit, die als Disziplin an den neu eingerichteten Fachhochschulen eingeführt wurde. Eine jüngere Generation von Sozialarbeiter/-innen warf den etablierten Wohlfahrtspfleger/-innen vor, mit der Einzelfallhilfe für Obdachlose den Selbstverschuldungsansatz zu fördern und plädierte stattdessen für Gemeinwesenarbeit (GWA).¹² Neben der Zusammenarbeit von Bürger/-innen und Verwaltung stand in der GWA stets die «Bewusstseinsbildung sozial benachteiligter Gruppen» im Vordergrund.¹³ Diese politische Zielsetzung der GWA sollte die Betroffenen befähigen, sich eigeninitiativ für ihre Interessen bei der Verwaltung starkzumachen. Für die Praxis der IKW bedeutete dies, die Bewohner/-innen in Selbsthilfevereinen zu organisieren sowie Kinderbetreuung, Vorschulunterricht und Freizeit-AGs anzubieten, in denen bereits Kleinkinder Erfolgserlebnisse erfahren und in ihrem Selbstbewusstsein sowie in ihrer Handlungs- und Veränderungsfähigkeit gestärkt werden sollten. In von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden «Leistungs-Bildungschancen, Bildungs-Berufschancen, Beruf, Verdienst, Selbstwertgefühl» lägen die Ursachen von Obdachlosigkeit, bemerkte der Kieler Gemeinwesenarbeiter Hans Ising. Um Veränderungen anzustossen, müsse deshalb bei den Kindern angesetzt werden.¹⁴ Die Eltern aus den Obdachlosenlagern nahmen die IKW-Angebote an, zum einen aus Entlastungsgründen, zum anderen sorgten sie sich, dass ihr Kind sonst in die Sonderschule geschickt würde. Sie er-

hofften sich durch den Vorschulunterricht bessere Startchancen für ihren Nachwuchs. So trug ein Vater auf einer Bewohner/-innenversammlung vor, «dass doch wohl gerade Kinder aus dem Lager [...] gefördert werden sollten».¹⁵ Stärker auf erwachsene Obdachlose als politisches Kollektiv zielten die von der IKW initiierten Versammlungen ab, auf denen ein Lagerbeirat gewählt wurde, Bewohner/-innen ihre Wünsche und Probleme äussern konnten und die IKW ihnen Vorschläge machte, wie ihre Anliegen bei der Stadt deponiert werden konnten, zum Beispiel durch Briefe, Go-ins, Flugblätter und Demonstrationen.

War die IKW mit dem Ziel angetreten, die Stadt schnellstmöglich von der Schliessung der Lager zu überzeugen und dementsprechend politischen Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, zeigten sich die Bewohner/-innen demgegenüber zwar offen, interessierten sich aber bereits zu Beginn der 1970er-Jahre deutlich stärker für konkrete Verbesserungen ihrer Wohnsituation. Sie forderten Duschen, einen Kinderspielplatz, Türschwellen, um die zugigen Ritzen unter den Türen zu stopfen, Dachisolierungen und Lichtmasten für die abends stockfinsternen Lager.¹⁶ Die IKW unterstützte die Bewohner/-innen bei diesen Anliegen, indem sie die Stadt mit Schreiben überhäufte, kritische Artikel in den Lokalzeitungen abdrucken liess und im städtischen Planungsausschuss für die Lager mitwirkte, der auf das Betreiben der Initiative eingerichtet worden war. Einige gemeinsame Aktionen, die eine politische Aktivierung eines Teils der Bewohner/-innen zeigen, fanden ebenfalls statt. Unterstützt von der IKW protestierten Bewohner/-innen des grössten Kieler Obdachlosenlagers Solomit 1974 mit Spruchbändern und Strassensperren gegen den Zuzug einer weiteren Familie, weil sie darin ein Zeichen für die Weiterführung des Lagers sahen.¹⁷ Dementsprechend resümiert der Kieler Politologe Uwe Carstens in seiner Darstellung der IKW, dieser sei es insgesamt «gelingen, die Betroffenen selbst zu Aktivitäten zu mobilisieren».¹⁸

Die nahezu idealtypische Übereinstimmung von Theorie und Praxis wies jedoch Brüche auf. So sprach die Initiative oftmals eigenmächtig im Namen aller Bewohner/-innen einzelner Obdachlosenlager. Zwar sollten Sozial- und Gemeinwesenarbeiter/-innen und Initiativen den Betroffenen theoretisch nicht ihre Ziele vorgeben, sondern erst handeln, wenn diese selbst ein Problem ausgemacht hatten.¹⁹ Doch in der Praxis wurde dies nicht immer berücksichtigt. So wurden Einladungen und Flugblätter häufig mit «Lagerbeirat» unterschrieben, was suggerierte, es handle sich hier ausschliesslich um die selbstorganisierten Bewohner/-innen eines der Obdachlosenlager. Unterzeichnet waren diese Dokumente aber oftmals von dem Lagerseelsorger und -psychologen Ulrich Thiel und dem Gemeinwesenarbeiter Hans Ising.²⁰

Bei diesem Vorgehen halfen ihnen Vermittler wie ein gewisser Herr Bunke oder Bernd Dutko. Beide Männer lebten selbst in Obdachlosenlagern, engagierten sich als Lagerbeiräte und waren Mitglieder der IKW. Bunke kam in den politi-

schen Aktionen der IKW eine zentrale Rolle zu. Auf einer frühen Bewohner/-innenversammlung protokollierte die IKW: «Ein Bewohner – Herr Bunke – macht eindringlich darauf aufmerksam, <dass nur Einigkeit stark mache, allein sei niemand etwas, jeder nichts>.»²¹ Die Verantwortlichen der IKW notierten diesen Zwischenruf, weil er ihrem Aktivierungskonzept äusserst gelegen kam. Zugleich deutet die Notiz darauf hin, dass es sich um einen Einzelfall handelte. Dieser Bewohner, der mehr als jeder andere den Vorstellungen eines aktivierten politisch handelnden Obdachlosen entsprach, sollte nach Wunsch der IKW auch in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden, um dort für die Bewohner/-innen zu sprechen. Als der Norddeutsche Rundfunk im April 1972 im Obdachlosenlager Kollnhorst, wo Bunke zu diesem Zeitpunkt lebte, Aufnahmen machen wollte, hielt das Protokoll fest: «Es wäre gut, wenn Herr Bunke anwesend ist.»²² Bunke avancierte in den Augen der IKW also zum politisch aktiven Vorzeigeobdachlosen. Neben Bunke gab es noch Bernd Dutko, der sich gemeinsam mit dem Juso-Club ebenfalls an Aufrufen zur Schliessung der Lager beteiligte, im Lagerbeirat tätig war und eine Praktikantenstelle beim Lagerpsychologen Thiel erhielt. Bunkes und Dutkos Positionen, die meist mit denjenigen der IKW übereinstimmten, liessen sich in Schreiben an die Stadt gut verwenden, um Ziele der IKW zu vertreten. Nicht nur stärkte die scheinbare Interessenkonvergenz mit den Bewohner/-innen die Position der IKW im Dissens mit der Stadt, sie machte es überdies möglich, in den Schreiben von allen Obdachlosen zu sprechen, wenn der Lagerbeirat mit IKW-konformen Bewohner/-innen besetzt war.

Ab 1974 deutete sich aber eine Reihe von Konflikten unter den Bewohner/-innen an. Auf einer Versammlung fassten die Anwesenden gleich zwei Beschlüsse, die die von der IKW gewünschte Solidarisierung der Bewohner/-innen untereinander vermissen liessen. Zunächst beauftragte die Versammlung einstimmig die Beiräte, «alle nicht angemeldeten Hunde durch den Hundefänger einfangen zu lassen. Auch die Besitzer angemeldeter Hunde werden darauf hingewiesen, dass sie die anderen Bewohner nicht belästigen.» Neben dem «Hundeproblem» beschloss die Bewohner/-innenversammlung, «alte Möbel und sonstige herumliegende Gegenstände die überall herumliegen auf dem Schrottplatz [...] oder hinter dem Fussballplatz zu deponieren. Es ist jetzt an der Zeit [...] dass die Siedlung wieder sauber wird.»²³ Offenbar hielten einige Bewohner/-innen Hunde, von denen sich andere eingeschränkt fühlten, andere liessen ihr altes Gerümpel herumliegen, woran sich wiederum andere störten. Den Rahmen für diese Eigeninitiative hatte die IKW geschaffen, die überhaupt erst Bewohner/-innenversammlungen ins Leben gerufen hatte. Allerdings ging es den Bewohner/-innen weniger um eine prinzipiengesteuerte gemeinsame Interessenvertretung nach aussen als vielmehr um die Verbesserung der inneren Zustände, deren Ursachen oft auch bei den Mitbewohner/-innen ausgemacht wurden.

Selbstermächtigung gegen die Fürsprecher/-innen

Im Laufe der 1970er-Jahre veränderte sich die Lage in den Kieler Obdachlosenlagern. Der Druck, den die IKW aufbaute, beschleunigte deren Schliessung. Diese Entwicklung wurde von der Kommunalpolitik unterstützt, nur mahlten die Verwaltungsmühlen langsamer als von der IKW und zumindest in der Anfangszeit auch von den Bewohner/-innen gewünscht. Die Anzahl der in den Lagern lebenden Personen verringerte sich in nur zwei Jahren erheblich: 1972 lebten rund 1700 Menschen dort, 1974 waren es noch 834.²⁴ Die Ausgezogenen hatten grösstenteils von der Stadt Wohnungen zugewiesen bekommen. Entgegen der Forderung der IKW zogen auch immer wieder neu obdachlos gewordene Familien und Einzelpersonen in die Lager ein. Dennoch konnte die regierende Kieler SPD in ihrem kommunalpolitischen Programm 1977 stolz vermelden, dass sie durch ihre Politik entscheidend zur Beseitigung von Obdachlosigkeit beigetragen habe: «Neun von zehn Lagern wurden aufgelöst, die Zahl der Obdachlosen sank von fast 2000 auf rund 220.»²⁵ Diese Erfolgsmeldung nötigte auch der IKW Respekt ab, zumal die Mittel, die das zuständige Sozialamt zusammen mit dem Amt für Wohnungswesen und Wohnungsbau gewählt hatten, durchaus im Sinne der Initiative waren: Wohnungsneubau, Mietschuldenübernahme und eine dezentrale Wohnungsvermittlung. In den späten 1970er-Jahren verfolgten IKW und Kieler SPD das gemeinsame Ziel, mit dem Lager Solomit auch das letzte Wohnlager aufzuheben.²⁶

Genau dagegen wehrte sich aber eine Reihe von Bewohner/-innen. Schon 1972 gab es im Lager Brauner Berg, das Hochhuth ein Jahr zuvor besucht hatte, zwei Familien und eine Rentnerin, die Wohnungsangebote der Stadt ablehnten und es bevorzugten, im Lager zu bleiben.²⁷ Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Umzugsverweigerung zeigte sich im Brief des Heisterbuscher Lagerbeirates Dieckmann an die Lagerbeirätin Gisela Eggers in Solomit. Darin verwahrte sich Dieckmann gegen die Umsiedelung der Bewohner/-innen des Lagers Heisterbusch, das vor der Schliessung stand, nach Solomit. Er warf dem Solomiter Lagerbeirat vor, die Verlegung unter dem Einfluss Hans Isings «gutgeheissen» zu haben. Ising hatte den Heisterbuschern offenbar erklärt, die Stadt Kiel würde die restlichen Einwohner/-innen «mit pol[izeilicher] Gewalt [...] in ein anderes Lager verlegen lassen». Derweil hatte Dieckmann Erkundigungen beim Kieler Sozialamt eingeholt, das ein solches Vorhaben von sich wies. Daraufhin beschuldigte Dieckmann Ising, in der Lokalzeitung verkündet zu haben, «alle restlichen Familien vom Heisterbusch und Timmerberg hätten bereits eine Wohnung, so dass einer endgültigen Räumung nichts mehr im Wege stünde, obgleich er wusste, dass dies nicht der Fall war». Denn Ising hoffe «durch Drohungen und Versprechungen mit der pol. Gewalt die restlichen Einwohner davon zu

überzeugen, das [sic] eine vorübergehende Räumung auf freiwilliger Basis in ihrem Interesse läge.» Als Motiv vermutete Dieckmann, Ising habe gegenüber «seinen politischen Freunden [...] Versprechungen [abgegeben], die er nicht einhalten kann, wie peinlich!» Obwohl unklar bleibt, wie viele Bewohner/-innen Dieckmanns Position effektiv teilten, argumentierte dieser vor dem Hintergrund des schon früh von den Lagerbewohner/-innen gezeigten Interesses an der Schulbildung ihrer Kinder doch plausibel gegen einen Umzug. Denn der Lagerbeirat führte einen möglichen «Leistungsabfall der Schulkinder von einer Schule in die andere» an.²⁸ Möglicherweise sprach der Bewohner hier nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere. Im Vergleich zu den vorangegangenen Aktionen der Bewohner/-innen, an denen die IKW immer beteiligt gewesen war (und bei denen es deshalb schwerfällt, den Grad an Eigeninitiative der Bewohner/-innen auszumachen), zeigt sich hier eine selbstbestimmte Abgrenzung vom Gemeinwesenarbeiter.

Die Akten geben keine Auskunft darüber, ob die starken Vorwürfe zu Ising durchdrangen. Sehr wohl aber beschäftigte sich dieser 1976 mit dem Widerstand der Bewohner/-innen Solomits gegen den Auszug aus dem Lager. Für Ising gründete dieser Widerstand sowohl darauf, dass «die Stadt sich zugänglich für dauernde Verbesserungen im Lager» zeige als auch auf der «Resignation vor der scheinbar unüberwindlichen Realität», welche die Betroffenen umtreibe. Dagegen helfe «[p]ositive Konditionierung».²⁹ Dies klang nicht mehr nach einer Ermunterung zur Eigeninitiative, sondern eher nach psychologischer Beeinflussung in Richtung des von der Stadt, der IKW und dem Gemeinwesenarbeiter verfolgten Ziels, die Lager schnellstmöglich zu schliessen.

Von resignierten Betroffenen konnte schon zu Isings Amtszeit nicht die Rede sein, denn die Kritik der Bewohner/-innen an ihm, der Stadt und auch den IKW-Aktionen nahm zu. Ein Bewohner Solomits kritisierte, vermutlich Mitte der 1970er-Jahre, in einem Brief an den Lagerbeirat Uwe Eggers die Aktivitäten des Beirates und der IKW scharf, indem er verschiedene «Lügen» des Beirates anführte. Dazu gehörte die «4. Lüge <Wir wollen alle ausziehen>». Weiter hiess es: «Wahr ist, der grösste Teil möchte hier in Ruhe und Frieden wohnen und er könne es sogar, wenn der [...] Lagerbeirat nicht wäre.» Die Begründung des Briefautors trägt den veränderten Wohn- und Lebensbedingungen der späten 1970er-Jahre Rechnung: «Uwe, als wir vor Jahren, hier wie Ölsardinen zusammengepresst leben mussten, da war es angebracht, der Stadt die Zähne zu zeigen. Aber jetzt, wo [...] wir hier alle genügend Wohnraum haben, nun halte [sic] doch bitte auf weitere Forderungen zu stellen.» Der Bewohner beliess es aber nicht bei dieser Bitte, sondern setzte sich auch von Bunke und Ising ab, womit er die Bewohner/-innenversammlungen in einem anderen Licht erscheinen lässt: «Guck dir doch bei einer Bewohnerversammlung dein Publikum an. [...] Fami-

lien, die schon so lange hier wohnen, haben für den Krawall, ich meine die Hetzerei auf den Versammlungen kein Verständnis. Übrigens Strohbach und Bunke sind für friedliebende Menschen ein rotes Tuch. Wir alle waren froh[,] wie wir die Schlusslichter von ihren Möbelwagen sahen. Aber Herr Ising holt Sie [sic] her, er braucht Sie [sic] zum Schreien und zum Pöbeln. Uwe, ich würde mich freuen, wenn du den Mut dazu hättest, den Bewohnern zu sagen: «Dass [sic] was wir zuletzt und sei es auch unter der Regie von Herr Ising geschehen, war nicht richtig.» Stattdessen soll man lieber dafür sorgen, dass jeder seinen Wohnraum behält den er hat, dass nicht zu viel Krakehler [sic] hier einziehen. [...] Kurz und gut, ich möchte mich mal mit dir über alle diese Probleme unterhalten. [...] Komm bitte mal vorbei.»³⁰

Der Brief zeichnet ein ganz anderes Bild des Aktivismus der Bewohner/-innen als die Dokumente der IKW. Nicht das Mitlaufen bei Protestveranstaltungen der IKW, das der Briefautor als Schreien und Pöbeln abtut, sondern die angeblich friedliebenden Familien, die in Solomit bleiben wollten, erscheinen in dieser Schilderung als kritische Selbstermächtigte.

In den darauffolgenden Jahren, als sich die IKW weitestgehend zurückgezogen hatte – 1984 löste sie sich endgültig auf –, blieb der Kampf der Bewohner/-innen um ihren Verbleib das bestimmende Thema zwischen der Stadt und Solomit. Als ein Bewohner auf der Jahreshauptversammlung der IKW 1977 postulierte, «die meisten Bewohner des Lagers seien gegen Aktivitäten der IKW und auch gegen den Abriss des Lagers», tat ihn der anwesende Sozialarbeiter der IKW als Einzelfall ab, der nicht die Meinung der «bei weitem überwiegenden Anzahl der Bewohner für die Auflösung des Lagers und damit für die Aktivitäten der IKW in dieser Richtung» vertrete.³¹ Ob es sich dabei möglicherweise um den Briefschreiber handelte, ist unklar.

Sicher ist jedoch, dass die Bewohner/-innen Solomits in den 1980er-Jahren die Stadt immer wieder daran erinnerten, dass sie in ihren Unterkünften bleiben wollten: «Heute will die Mehrheit der Bewohner dort nicht mehr wegziehen, weil sie schon sehr lange dort wohnen, sich menschlich wohl fühlen und sich nicht mehr umgewöhnen wollen. Wir möchten nicht mehr länger hin- und hergestossen werden», formulierte es der Solomit-Bewohner Jürgen Eddelbüttel in der Bürgerfragestunde der Kieler Ratsversammlung 1987. Er wollte wissen, ob die Bewohner/-innen davon ausgehen konnten, «auch in Zukunft nicht zum Auszug gezwungen zu werden».³² Diese Frage war aktueller denn je, da der SPD-Ratsherr Reinhold Stein bereits 1980 angekündigt hatte, «dass die Kieler SPD die Auflösung des Lagers noch in dieser Legislaturperiode verwirklichen wolle».³³ Diese Ankündigung blieb unerfüllt, Solomit bestand noch bis 1990. Die regierende SPD sah sich in den 1980er-Jahren nicht nur mit zunehmender Wohnungsnot konfrontiert, die eine Vermittlung der Solomit-Bewohner/-innen

erschwerte, sondern auch mit einer Bewohner/-innenschaft, die mehrheitlich in der Wohnstätte bleiben wollte. Dies wurde 1987 sogar durch eine Umfrage bestätigt.³⁴ Dabei hatten sich die Bewohner/-innen bei den umliegenden Kirchengemeinden, der CDU-Fraktion und den Grünen Unterstützung für ihr Anliegen gesucht.³⁵ Letztlich half dies nichts, die SPD setzte sich durch und wertete die Lagerschliessung 1990 als «grossen sozialen Erfolg».³⁶ Und doch zeigt die Diskussion um die Schliessung von Solomit, wie sich das Engagement der Bewohner/-innen in den 1980er-Jahren politisiert, ihr Protest gewandelt und am Ende eine inhaltlich ganz anders geartete Selbstermächtigung stattgefunden hat, als ursprünglich von der IKW vorgesehen.

Politische Selbstermächtigung von Randgruppen?

Ein Satz aus Willy Brandts 1971 verfasster Antwort auf Hochhuths Brief galt mit Sicherheit noch für die 1980er-Jahre, wenn nicht bis heute: «Wie Sie richtig bemerken, sind bisher alle Versuche fehlgeschlagen, die Probleme der Obdachlosen zufriedenstellend zu lösen.»³⁷ Das staatliche Scheitern hielt Obdachlose aber nicht davon ab, Selbstermächtigungsstrategien zu entwickeln und sich sowohl innerhalb ihrer Unterkünfte als auch auf der politischen Ebene für ihre Belange einzusetzen. Im Gegensatz zu anderen Randgruppen existierte keine politisch wirksame oder gar international vernetzte Obdachlosenbewegung. Und doch nahmen die Kieler Obdachlosen an den für Westdeutschland typischen Demokratisierungs- und Partizipationsprozessen in den 1970er- und 1980er-Jahren teil. Zunächst dienten Obdachlose in Notunterkünften als Zielgruppe für linksgerichtete, aktivistische Gruppen. Ihr Anliegen, die Betroffenen zu eigenständigem politischem Handeln zu motivieren, unterschied sich zwar stark vom früheren Umgang der Stadtverwaltung mit Obdachlosen. Doch die Eigendynamik aktivistischer Gruppen trug zu einer Befürsorgung beziehungsweise Fremdadvokation der Obdachlosen bei. Allerdings kamen die Bewohner/-innen auf diese Weise mit Aktionsformen in Kontakt, die sie später für ihre eigenen und von den Zielen der Aktivist/-innen abweichenden Belange einsetzten. Zuerst wurden die Kieler Obdachlosen von zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen funktionalisiert, später wurden sie selbst zu solchen.

Was aber bedeutet dies für Obdachlose in langfristig bewohnten Notunterkünften und für ihren Status als Randgruppe? Wilfried Rudloff zufolge enthält der Randgruppenbegriff eine «räumliche Vorstellung von Gesellschaft [...], eine Gegenüberstellung von Zentrum und Peripherie», die sich nur schwerlich überbrücken lasse. Wer Gruppen mithilfe dieser Begrifflichkeit untersucht, habe «also weniger Fragen der Verteilung im Auge als blockierte Zugänge zu wichtigen sozialen

Handlungsfeldern».³⁸ Dies trifft auch auf die Geschichte der Kieler Obdachlosen zu. Zum einen widerspiegeln Obdachlosenlager die Verräumlichung einer Sozialordnung, die den Abstand zwischen Peripherie und Zentrum herausstellt. Zum anderen bedeutete etwa ein Aufwachsen in Obdachlosenlagern für die Kinder in den 1970er- und 1980er-Jahren häufig einen blockierten Zugang zur Regelschule und damit zu einem zentralen sozialen Handlungsfeld.

In dieser Sichtweise kommt eines zu kurz: die Handlungen der Obdachlosen selbst. Diese kristallisierten sich in Kiel immer deutlicher als selbstinitiiertes Eintreten für die eigenen Belange heraus, die oftmals nicht nur quer zu den Zielen der Stadtverwaltung lagen, sondern auch zu den Interessenlagen ihrer zivilgesellschaftlichen Fürsprecher/-innen. In den politischen Auseinandersetzungen der Bewohner/-innen Solomits mit den sozialen Agenden aus dem «Zentrum» waren die Abstände zwischen Mehrheitsgesellschaft und Randgruppen mitunter deutlich kleiner als bisher in der geschichtswissenschaftlichen Forschung angenommen. Verlegt man den analytischen Fokus unter die Ebene von Fürsorgestrukturen und hin zu Konflikten zwischen Fürsprecher/-innen und Betroffenen im Alltag, gewinnt die Selbstermächtigung von Randgruppen stärkere Konturen gegenüber der Aktivierung von aussen, lässt sich Eigensinn herausstellen, ohne dabei die Machtasymmetrien aus dem Blick zu verlieren.

Anmerkungen

- 1 Ein derartiges Anliegen dem Bundeskanzler vorzutragen, stand im Kontext von Willy Brandts Demokratisierungsabsichten – Randgruppen eingeschlossen. Mit seinem Motto «Wir wollen mehr Demokratie wagen» zielte Brandt unter anderem auf mehr Chancengleichheit in der Gesellschaft ab. Vgl. Jens Hacke, ««Mehr Demokratie wagen». Karriere einer Zauberformel», *Mittelweg* 36/3 (2016), 5–28, hier 17.
- 2 Rolf Hochhuth, «Bestenfalls Schläger statt Revolutionäre», *Der Spiegel*, 26. 7. 1971.
- 3 Vgl. Sarah Hassdenteufel, *Neue Armut, Exklusion, Prekarität. Debatten um Armut in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1970–1990*, Berlin 2019, 90.
- 4 Maike Haunschild, «Elend im Wunderland». *Armutsvorstellungen und Soziale Arbeit in der Bundesrepublik 1955–1975*, Baden-Baden 2018, 366; Christoph Lorke, *Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR*, Frankfurt am Main 2015, 187.
- 5 Menschen, die auf der Strasse lebten, wurden von zeitgenössischen Fürsorgeakteur/-innen als «Nichtsesshafte» bezeichnet.
- 6 Der Begriff Lager für westdeutsche Obdachlosenunterkünfte geht aus deren Entstehungsgeschichte hervor. Seit den späten 1940er-Jahren nahmen Flüchtlings- und Vertriebenenwohnlager auch Obdachlose auf. Ihre Anzahl stieg in den 1950er-Jahren kontinuierlich an. 1964 lebten in den Unterkünften von Kiel nur noch 743 Vertriebene, aber 2855 Obdachlose. Vgl. Britta-Marie Schenk, «Die Ambivalenzen des Wohlfahrtsstaates. Der Umgang der Kieler Stadtverwaltung mit obdachlosen Familien in den 1950er und 1960er Jahren», in dies. (Hg.), *Im Gefolge des Wohlfahrtsstaates. Kieler Kriegsopferfürsorge im 20. Jahrhundert*, Husum 2020, 112–126, hier 113.
- 7 «Auch Sie werden von dem umstrittenen Brief des Schriftstellers Hochhuth an den Bundes-

- kanzler, in dem er u. a. auf die Situation der Kieler Wohnlager hinweist, gehört haben»; mit diesem Satz beginnt Stadtarchiv Kiel (StA Kiel), 81242, Einladung zur Gründungsversammlung, 8. 9. 1971.
- 8 Vgl. StA Kiel, 81243, Erklärung der SPD-Ratsherrenfraktion, 19. 2. 1974.
 - 9 Lorke (wie Anm. 4), 167–191; Hassdenteufel (wie Anm. 3), 331–348; Christiane Reinecke, «Disziplinierte Wohnungsnot. Urbane Raumordnung und neue soziale Randständigkeit in Frankreich und Westdeutschland», *Archiv für Sozialgeschichte* 54 (2014), 267–286.
 - 10 Vgl. Ralf Könen, *Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat*, Frankfurt am Main 1990, 54, 97.
 - 11 Vgl. Reinecke (wie Anm. 9).
 - 12 Vgl. Haunschild (wie Anm. 4), 364 f.
 - 13 Ebd., 359.
 - 14 StA Kiel, 81223, Hans Ising, Thesen zur Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen, undatiert.
 - 15 StA Kiel, 81242, Protokoll der Mitgliederversammlung, 18. 4. 1972.
 - 16 StA Kiel, 81242, Protokoll der Mitgliederversammlung, 28. 1. 1972, 20. 4. 1972.
 - 17 Uwe Carstens, «Die Initiative Kieler Wohnlager (IKW)», *Demokratische Geschichte* 8 (1993), 323–346, hier 344.
 - 18 Ebd., 341.
 - 19 Vgl. Eckard Steinborn, «Gemeinwesenarbeit. Sozialarbeit in der Phase der Rezeption», *Neues Beginnen* 22 (1971), 105–110.
 - 20 StA Kiel, 81243, Programm der Bewohnerversammlung, 22. 3. 1974.
 - 21 StA Kiel, 81242, Protokoll der Mitgliederversammlung, 18. 4. 1972.
 - 22 StA Kiel, 81242, Protokoll der Mitgliederversammlung, 20. 4. 1972.
 - 23 StA Kiel, 81232, Beschlüsse aus der Bewohnerversammlung, 17. 1. 1974.
 - 24 StA Kiel, 81243, Erklärung der SPD-Ratsherrenfraktion, 19. 2. 1974.
 - 25 StA Kiel, 81223, Kommunalpolitisches Programm der Kieler SPD 1977, 20.
 - 26 Ebd.
 - 27 StA Kiel, 81241, Sozialamt Kiel, Bericht über die Entwicklung in den Kieler Wohnstätten für Obdachlose in der Zeit vom 1. 1. 1972 bis zum 31. 12. 1972, 4. 1. 1973.
 - 28 Alle Zitate dieses Absatzes: StA Kiel, 81243, Lagerbeirat Dieckmann (Heisterbusch) an Lagerbeirätin Gisela Eggers (Solomit), 10. 10. 1975.
 - 29 Beide Zitate: StA Kiel, 81224, Hans Ising an Stadtrat Lütgens, 27. 8. 1976.
 - 30 StA Kiel, 81243, o. A. an Uwe Eggers, undatiert.
 - 31 StA Kiel, 81243, Protokoll der Jahreshauptversammlung der IKW, 11. 1. 1977.
 - 32 StA Kiel, 65415, Jürgen Eddebüttel an Stadtpräsidentin Silke Reyer, Drucksache 405, 7. 11. 1987.
 - 33 StA Kiel, 81241, o. A., Reinhold Stein zur sozialen Sicherheit, *Kieler Nachrichten*, 23. 2. 1980.
 - 34 1987 lebten noch zehn Familien in Solomit, acht davon beteiligten sich an der Umfrage. «Von 8 Haushalten würden sogar 3 Familien unter den jetzigen Wohnverhältnissen hier wohnen bleiben.» StA Kiel, 65415, Das Sanierungskonzept von Solomit, August 1987.
 - 35 Zum Beispiel StA Kiel, 65415, CDU-Ratsherrenfraktion, Kleine Anfrage, 17. 8. 1987.
 - 36 StA Kiel, 65415, «CDU und Grüne warben vergeblich», undatiert, *Kieler Nachrichten*, um 1987.
 - 37 Zitiert nach StA Kiel, 81241, o. A., «Dummheit der Worte», *Der Spiegel*, 23. 8. 1971.
 - 38 Wilfried Rudloff, «Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1943 bis 1973», in Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hg.), *Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*, München 2002, 347–468, hier 348 f.

Résumé

De la défense par autrui à l'autonomisation. Activation politique des sans-abris à Kiel (des années 1970 aux années 1990)

Cette contribution prend pour objet la défense des intérêts des habitant·e·s d'un campement pour sans-abri à Kiel dans les années 1970 et 1980, en s'intéressant à la fois à la manière dont ces personnes s'y impliquèrent et aux initiatives externes à leur égard. La première partie analyse les concepts d'intervention sur la question du *sans-abrisme* de groupes engagés politiquement et socialement et du personnel d'aide sociale de la commune, afin de montrer quelles étaient les représentations et les attentes inhérentes à leur travail de terrain. L'article place ensuite la focale sur les effets de la mise en œuvre et les réactions des personnes sans-abri face aux nouvelles interventions dont elles étaient l'objet. La dernière partie s'intéresse aux stratégies d'autonomisation des personnes sans-abri, qui se distancèrent des concepts et des pratiques du personnel de l'aide sociale. Dans le cadre des nouvelles discussions à propos des groupes marginalisés, des acteurs et des actrices de la gauche politique socialement engagé·e·s réclamèrent la fermeture du campement. Un de leurs objectifs centraux était de mettre en avant l'initiative des personnes sans-abri qui devaient ainsi apprendre à défendre leurs propres intérêts. L'article montre que la majorité de celles-ci n'était pas intéressée par un engagement de longue durée au sens des militant·e·s, mais plutôt par des formes de protestation qui leur étaient propres. L'article se clôt ainsi sur une question plus générale: dans quelle mesure les processus de démocratisation concernèrent aussi les groupes marginalisés?

(Traduction: Alix Heiniger)